



- Beschlusskammer 4 -

Az.: BK4-23-002

Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach §§ 21 Abs. 3 S. 4 Nr. 1 a), 29 Abs. 1 EnWG zur Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkostenaufschlag

hier: Antrag auf Beiladung gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG

der LichtBlick SE, Klostertor 1, 20097 Hamburg, gesetzlich vertreten durch den Vorstand,

Beiladungspetentin,

hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch ihren Vorsitzenden Alexander Lüdtkke-Handjery,

ihre Beisitzerin Stefanie Scheuch

und ihren Beisitzer Dr. Habibullah Qureischie

am 16.01.2024

beschlossen:

Die Beiladungspetentin wird auf ihren Antrag vom 11.12.2023 zum Verfahren BK4-23-002 beigeladen.

Gründe:

I.

Die Beiladungspetentin begehrt die Beiladung gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG zum Verwaltungsverfahren zur Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkostenaufschlag.

Bei der Beiladungspetentin handelt es sich um eine bundesweit tätige unabhängige Strom- und Gasanbieterin, die nach eigenen Angaben rund eine Million Kunden mit Strom und Gas versorgt und in 2022 einen Gesamtumsatz von über 1,3 Mrd. Euro aufwies.

Sie macht geltend, durch die Entscheidung zur Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkostenaufschlag i.S.v. § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG erheblich in ihren Interessen berührt zu sein.

Der Begriff der Interessen sei nach ihrer Auffassung weit zu verstehen und umfasse nicht nur rechtliche, sondern auch wirtschaftliche Interessen am Verfahrensausgang. Ausreichend sei eine erhebliche, d.h. spürbare mittelbare Interessenberührung. Eine unmittelbare Betroffenheit sei hingegen nach dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Urteile vom 02.10.2009, VI-3 Kart 6/08, Rn. 42 und 07.04.2006, VI-3 Kart 161/06 (V), Rn. 12) nicht erforderlich. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs (Beschluss vom 10.01.2018 – EnVR 5/18, Rn. 21 ff.) zur Beschwerdebefugnis der Beiladungspetentin in einem früheren Verfahren seien insbesondere Nutzerinnen und Nutzer sowie Kundinnen und Kunden von Versorgungsnetzen durch Entscheidungen über die Höhe von Netzentgelten wirtschaftlich erheblich betroffen und daher gegen die Festlegung zu den Eigenkapitalzinsen gemäß § 75 Abs. 2 EnWG beschwerdebefugt. Als Nutzerin und Kundin von Stromversorgungsnetzen bzw. Netzbetreibern sei die Beiladungspetentin durch die Festlegung der Netzentgelte in erheblicher Weise wirtschaftlich betroffen. Allein im Jahr 2022 habe sie ca. ■■■ Mio. Euro an die Netzbetreiber gezahlt. Durch diese wirtschaftliche Belastung begründe sich die erhebliche Interessenberührung.

Darüber hinaus könne und werde die Beiladungspetentin im Verfahren zu der aus der Perspektive einer Netznutzerin angemessenen Höhe der Eigenkapitalzinssätze vortragen und dadurch einen sinnvollen Beitrag zur Entscheidungsfindung leisten.

Die Einleitung des Verfahrens BK4-23-002 wurde am 07.06.2023 durch Mitteilung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur sowie im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 11/2023, S. 448, veröffentlicht. Zugleich hat die Beschlusskammer ein Eckpunktepapier mit den wesentlichen Inhalten der Neuregelung zur Konsultation gestellt. Nach Auswertung der Stellungnahmen hat die Beschlusskammer den Entwurf der geplanten Festlegung am 22.11.2023 erneut durch eine Mitteilung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur sowie im Amtsblatt der Bundesnetzagentur (Nr. 22/2023, S. 1375) zur Konsultation gestellt.

Zu dem Festlegungsentwurf haben betroffene Netzbetreiber, Verbände und unter anderem auch die Beiladungspetentin Stellungnahmen abgegeben.

Mit Schreiben vom 07.12.2023, bei der Bundesnetzagentur per E-Mail eingegangen am 11.12.2023, hat die Beiladungspetentin die Beiladung gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG zum Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkostenaufschlag beantragt.

Der Antragstellerin wurde unter dem 09.01.2024 Gelegenheit zur Stellungnahme zu der geplanten Entscheidung gegeben. Die Antragstellerin hat am 09.01.2024 mitgeteilt, dass sie keine Anmerkungen habe.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte verwiesen.

II.

Dem Antrag der Beiladungspetentin vom 11.12.2023 wird stattgegeben.

1. Vorliegend handelt es sich nicht um eine notwendige Beiladung gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG. Ein Fall notwendiger Beiladung liegt vor, wenn die Voraussetzungen des § 13 Abs. 2 S. 2 VwVfG erfüllt sind (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 06.07.2006, VI-3 Kart 144-149/06 (V), Rn. 18). Hierzu müsste die Entscheidung für die Beiladungspetentin rechtsgestaltende Wirkung entfalten. Das bedeutet, die Entscheidung müsste Rechte der Petentin unmittelbar begründen, ändern oder aufheben (vgl. Hanebeck in: Britz/Hellermann/Hermes, EnWG, § 66 Rn. 12). In Fällen notwendiger Beiladung ist das Ermessen der Behörde bei der Entscheidung über den Beiladungsantrag auf Null reduziert.

An dieser rechtsgestaltenden Wirkung fehlt es im konkreten Fall, weil eine Entscheidung der Beschlusskammer im vorliegenden Festlegungsverfahren nicht unmittelbar subjektive Rechte der Beiladungspetentin betrifft. Die Petentin macht geltend, dass eine unmittelbare Betroffenheit zur Begründung der Beschwerdebefugnis nicht notwendig sei, sondern eine mittelbare Interessenberührung ausreiche. Für die notwendige Beiladung ist jedoch eine unmittelbare rechtliche Betroffenheit Voraussetzung. Soweit die Beiladungspetentin auf die von ihr zu zahlenden Netzentgelte abstellt, ergeben diese sich nicht unmittelbar aus der vorliegenden Festlegung. Vielmehr wird in weiteren Verwaltungsverfahren gegenüber dem Netzbetreiber eine Erlösobergrenze nach § 4 ARegV festgelegt bzw. werden Entscheidungen über Anträge des Netzbetreibers auf Genehmigung von Kapitalkostenaufschlägen nach § 10a ARegV getroffen. Auf Basis dieser Entscheidungen kalkuliert der Netzbetreiber seine Netzentgelte, die dann von den Netznutzern zu entrichten sind. Die Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkostenaufschlag entfaltet somit für die Beiladungspetentin keine rechtsgestaltende Wirkung, denn sie wird zumindest durch diese Festlegung nicht unmittelbar in ihren Rechten betroffen.

Somit werden die Rechte und Pflichten der Beiladungspetentin durch den Ausgang des Festlegungsverfahrens zum Eigenkapitalzinssatz jedenfalls nicht unmittelbar gestaltet.

2. Hingegen liegen die Voraussetzungen einer einfachen Beiladung gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG vor.

Die einfache Beiladung dient, neben der Sicherstellung der objektiven Richtigkeit der behördlichen Entscheidung, der Wahrung von Interessen der Beigeladenen in den Fällen, in denen die Entscheidung ihr gegenüber keine rechtsgestaltende Wirkung entfaltet. Voraussetzung ist auch bei der einfachen Beiladung eine Berührung erheblicher Drittinteressen. Als erhebliches Interesse erkennt die Rechtsprechung auch wirtschaftliche Interessen an. Handelt es sich um eine einfache Beiladung, ist über den Beiladungsantrag in pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden.

Im Rahmen der von der Beiladungspetentin zitierten Entscheidung hat der Bundesgerichtshof darauf hingewiesen, dass insbesondere Nutzerinnen und Nutzer sowie Kundinnen und Kunden von Versorgungsnetzen durch Entscheidungen über die Höhe von Netzentgelten wirtschaftlich erheblich betroffen und daher gegen die Festlegung zu den Eigenkapitalzinsen gemäß § 75 Abs. 2 EnWG beschwerdebefugt sein können. Auch durch die Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkostenaufschlag ist die Beiladungspetentin in ihren wirtschaftlichen Interessen betroffen. Als Stromversorgungsunternehmen hat sie den Netzbetreibern für die Nutzung der Stromversorgungsnetze Netzentgelte zu entrichten, bei deren Kalkulation die nach Maßgabe der vorliegenden Entscheidung bestimmten Eigenkapitalzinssätze zugrunde gelegt werden.

Nach Abwägung der für und gegen die Beteiligung sprechenden Gründe, insbesondere der privaten Interessen der Beiladungspetentin einerseits und der öffentlichen Interessen ander-

rerseits, hält die Beschlusskammer die beantragte Beiladung der Petentin zu dem Verfahren nach §§ 21 Abs. 3 S. 4 Nr. 1 a), 29 Abs. 1 EnWG für zweckmäßig. Die Beiladungspetentin hat nachvollziehbar dargelegt, dass ihre Beteiligung am Verfahren auch im öffentlichen Interesse liegt. Durch ihre Beteiligung wird die Perspektive eines Netznutzers in das Verfahren eingebracht, was nach Auffassung der Beschlusskammer zu einer ausgewogeneren Diskussion beitragen kann.

Der von der Petentin zu erwartende Beitrag wiegt schwerer als der zusätzliche Verwaltungsaufwand und die potentiell verfahrensverzögernde Wirkung ihrer Beiladung. Ohnehin besteht kein allgemeiner Erfahrungssatz, nach dem eine Beiladung Dritter das Verfahren grundsätzlich verzögern würde (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 02.11.2006, Az.: VI-3 Kart 165/06 (V), Rn. 14). Wenn weiterführende Sachbeiträge zu erwarten sind, kann eine Beiladung verfahrensökonomisch sein (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 02.11.2006, Az.: VI-3 Kart 165/06 (V), Rn. 14). So liegt es nach Überzeugung der Beschlusskammer im vorliegenden Fall.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), einzureichen.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).


Alexander Lüttke-Handjery
Vorsitzender


Stefanie Scheuch
Beisitzerin


Dr. Habibullah Qureishie
Beisitzer